

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementspreis vierteljährlich 3 Mark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. + Redaktionsschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Inserate 3 Mark, Reklame 9 Mark, für Versammlungsanzeigen 50 Pf. pro Zeile. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

**Die gute alte Zeit! Man tut,  
Als wär' man sonst im Glück geschwommen,  
Auch unsre Zeit wird einmal gut  
In Munde derer, die nach uns kommen.**  
Frieda Schanz.

### Um die Bauproduktivgenossenschaften

Nach wie vor bilden die Bauproduktivgenossenschaften das Ziel heftiger Angriffe. Die privaten Baugeschäfte fürchten die Konkurrenz der Genossenschaftsbetriebe, und sie bieten daher alles auf, um die junge Bewegung schon im Keime zu erstickten. Wir haben früher schon betont, daß wir niemand das Recht abstreiten, gegen die Produktivgenossenschaften der Arbeiter anzukämpfen. Nur muß verlangt werden, daß der Kampf sachlich geführt wird. Von einer sachlichen Kampfweise ist am weitesten die „Bauzeitung“, das Organ der baugewerblichen Arbeitgeberverbände Westdeutschlands, entfernt. Unglaublich, was sie das letzte halbe Jahr über — seit wir uns zuletzt mit ihr befaßten — sich an groben Ausfällen, Verdrehungen, Unterstellungen und direkten Unehrlichkeiten geleistet hat, alles zu dem Zwecke, um den verhassten Bauproduktivgenossenschaften das Lebenslicht auszublenden. Uns christliche Bauarbeiter hat sie dabei besonders in ihr Herz geschlossen. Daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften soziale Baubetriebe gründen, nimmt sie schließlich als etwas Unabänderliches hin. Aber daß wir christlichen Bauarbeiter etwas Ähnliches tun, ist für sie der Beweis, daß die Kräfte „den Christlichen in der Preisfrage und Bekämpfung des selbständigen Gewerbes anerkennend nicht radikal genug sind“. Gift und Galle spricht aus folgenden Zeilen, die wir deshalb wörtlich anführen: „Die Bauproduktivgenossenschaft ist ja, was keines praktischen Beweises mehr bedarf, und durch Gegenbeweise niemals widerlegt werden kann, die beste und leistungsfähigste Betriebsform, allerdings anwendbar nur, wenn sie den Organisationszwecken der Christlichen dient.“ Wörtlich muß man auch folgendes genießen: „Auch hinsichtlich der preiswucherischen Aufklärungs- und Ermittlungsarbeiten treiben die Bauproduktivgenossenschaften einen Raubbau, sie wollen ihre eigenen geistigen Säter töten (O Himmell! Die Red.), ohne die sie selbst nicht leben können (Siehste wohl! D. Red.), die Allgemeinheit wird nicht (!) den Schaden tragen müssen.“ Wir bedauern die Unternehmer nicht, denen solche „geistige“ Kost vorgesetzt wird. Wenn sie sie vertragen — wohl bekommen's!

Schäfen wir aus dem manchmal fast hysterisch anmutenden Getöse der „Bauzeitung“ die sachlichen Momente heraus, dann ergibt sich folgendes: **Erstens:** Die B. P. G. haben zum Ziel die Bekämpfung des selbständigen Handwerkerstandes. **Zweitens:** Es ist Schwindel mit der Gemeinnützigkeit der B. P. G., sie sind vielmehr rein kapitalistische Unternehmungen. **Drittens:** Die B. P. G. sind nicht billiger, sondern teurer als die privaten Baugeschäfte.

Auf die erstere Behauptung müssen wir etwas ausführlicher eingehen. Wir sollen mit unseren B. P. G. das Ziel verfolgen, den selbständigen Handwerkerstand zu vernichten. Die „Bauzeitung“ weiß natürlich genau, daß das niemals unser Ziel war und auch heute noch nicht ist. Sie muß auf ihrem Schein beharren, weil sonst ihre ganze gegen uns eingetragene Kampfstellung nicht aufrecht zu erhalten wäre. In Wirklichkeit kommt für uns überhaupt nicht in Frage, ob die B. P. G. das private Unternehmertum auskalteten wollen, sondern hier entscheidet allein das Können. Und da sind wir einsichtig genug, zu erkennen, daß der Entwicklung der B. P. G. Grenzen gesetzt sind, die sie wohl niemals wird überschreiten können. Nach der Betriebszählung von 1907 (eine neuere liegt nicht vor) gab es im Baugewerbe über 208 000 Betriebe mit 1 363 000 Beschäftigten. Re-

mand von uns und auch kein verständiger Unternehmer glaubt ernstlich daran, daß es den B. P. G. jemals gelingen könnte, diese Meisenzahl von Betrieben aufzulösen. Demgegenüber besagt es gar nichts, wenn nach Ansicht der „Bauzeitung“ die freien Gewerkschaften das Ziel verfolgen, die privaten Unternehmer völlig auszuschalten. Nochmals, hier kommt es nicht auf das Wollen, sondern auf das Können an. Im übrigen betonen wir, worauf wir früher schon hinwiesen, daß die ganze Entwicklung der B. P. G. der Beeinflussung durch die Privatunternehmer keineswegs entzogen ist. Je mehr diese die privatkapitalistischen Gesichtspunkte zurück und die gemeinwirtschaftlichen hervortreten lassen — dazu gehört beispielsweise auch die Beteiligung der Arbeiter am Unternehmerrisiko — um so geringer ist für sie die Gefahr, „ausgeschaltet“ zu werden. Schließlich erinnern wir uns, daß zur Zeit der Entstehung der Konsumgenossenschaften von den Handelstreibenden das gleiche Geschrei über die Vernichtung selbständiger Existenzen erhoben wurde. Es ist stille geworden damit. Konsumgenossenschaften und private Waren-geschäfte arbeiten mehr oder weniger friedlich nebeneinander, und die Allgemeinheit ist gut dabei gefahren.

Aber wir gehen der Frage, wo die Entwicklung der B. P. G. enden wird, nicht aus dem Wege. Drei Möglichkeiten sind denkbar. **Erstens:** Die B. P. G. saugen tatsächlich die gesamten privaten Baubetriebe auf, es gibt zuletzt nur noch Genossenschaftsbetriebe. Dieser Zustand würde eintreten, wenn der Genossenschaftsbetrieb sich als die dem Unternehmerbetrieb bei weitem überlegene Betriebsform herausstellte. In diesem Falle würde keine Macht der Erde den Untergang der privaten Baugeschäfte aufhalten können, und das von rechtswegen, denn nur das wirtschaftlich Bessere hat ein Recht darauf, erhalten zu werden, oder vielmehr, es setzt sich von selbst durch. Allerdings ist zu erwarten auch der umgekehrte Ausgang denkbar, nämlich die Produktivgenossenschaften verschwinden in kürzerer oder längerer Frist wieder von der Bildfläche. Dieser Zustand tritt dann tatsächlich ein, wenn die Genossenschaften kapitalistisch ausarten und nicht besser, sondern schlechter wirtschaften als die Unternehmerbetriebe. Wahrscheinlicher ist die dritte Möglichkeit: Genossenschaftsbetriebe und private Unternehmerbetriebe arbeiten in edlem Wettstreit nebeneinander. Es darf nämlich nicht übersehen werden, daß durch die gemeinnützig arbeitenden Genossenschaftsbetriebe die privatkapitalistischen Auswüchse der Unternehmerbetriebe stark beschnitten und diese so zwangsläufig einer Gesundung entgegengeführt werden, allerdings auch nur solange, als eben B. P. G. vorhanden sind. Umgekehrt könnte die Alleinherrschaft auch den B. P. G. gefährlich werden, dagegen wird sie der ständige Konkurrenzkampf mit dem privaten Unternehmertum gesund erhalten. Keine Frage, daß durch eine solche wechselseitige Preis- und Leistungskontrolle den Interessen der Allgemeinheit am besten gedient wird. Dieser allgemeine volkswirtschaftliche Gesichtspunkt ist für uns der Hauptgrund, weshalb wir uns für B. P. G. einsetzen.

Ob daneben ein Weg gefunden werden kann, der die Ueberführung des gesamten Baugewerbes in die Gemeinwirtschaft ermöglicht, ist eine Frage, die auch für uns nach wie vor offen bleibt. Bis heute ist ein solcher Weg nicht gefunden. Daß wir grundsätzlich für die Gemeinwirtschaft sind, auch im Baugewerbe, sollte nach dem Essener christlichen Gewerkschaftskongress auch die „Bauzeitung“ nicht mehr verwundern. Andererseits haben wir Wirklichkeits-sinn genug, daß wir auch durch eine richtige grundsätzliche Erkenntnis uns nicht den Blick trüben lassen für das, was unter den gegebenen Verhältnissen durchführbar und was undurchführbar ist.

Die Behauptung, die Produktivgenossenschaften seien nicht gemeinnützig, sondern kapitalistisch, bewerten wir als das, was sie ist, nämlich eine Unehrlichkeit. Nichts gibt der „Bauzeitung“ ein Recht, den gemeinnützigen Charakter unserer Genossenschaften in Zweifel zu ziehen. Es ist eben nicht wahr, daß in den B. P. G. der erarbeitete Gewinn restlos

oder auch nur zum größten Teil in die Taschen der Genossen fließt. Die „Bauzeitung“ darf versichert sein, daß wir nicht die mindeste Veranlassung fühlen, anstelle des Einzelkapitalismus nun einen Massenkapitalismus zu züchten. Wir wissen eben ganz genau, daß die B. P. G. nur dann ihren Zweck erfüllen und Aussicht haben, sich durchzusetzen, wenn ihr gemeinnütziger Charakter rein und unverfehrt erhalten wird. Daß die Entwicklung wirklich in diesen Bahnen verläuft, darf die Bauzeitung ruhig unsere Sorge sein lassen. Sie sieht, in Illusionen wiegen wir uns nicht.

Ernstes zu nehmen ist der Einwand, die B. P. G. arbeiteten nicht billiger, sondern teurer als die privaten Baugeschäfte. Gewiss, auch das kommt vor, daß bei Submissionen die B. P. G. nicht die niedrigsten Angebote abgeben. Die ehrliche „Bauzeitung“ vergißt nur mitzuteilen, welche Preise von den Unternehmern vorher gefordert wurden, als die Genossenschaften noch nicht mit im Spiele waren. Fast überall, wo die Genossenschaften erstmals auf den Plan traten, hat es sich gezeigt, daß die Unternehmer sofort mit ihren Preisen heruntergingen, teilweise sogar ganz gewaltig. Die Genossenschaften aber, die bei späteren Submissionen genau die gleichen Berechnungsmethoden anwandten, wie das erste Mal, sahen sich dann oft in den Preisen merklich unterboten. Es gehört wahrlich kein Scharfsinn dazu, um das Spiel zu durchschauen, das hier getrieben wurde. Die Genossenschaften sollen eben zu Tode konkurriert werden, und deshalb Unterbietung um jeden Preis. Der Unternehmer, der die Arbeit zum unmöglichen Preis ausführen muß, kann ja von den anderen entschädigt werden, und es ist nicht nur eine Vermutung von uns, daß mancherorts hierauf bereits verfahren wird. Gegen die Genossenschaften beweisen diese Dinge nichts, im Gegenteil ist hier die Wirkung bereits eingetreten, die mit den Genossenschaften bezweckt werden soll, nämlich preisverbilligend und preisregulierend zu wirken. Natürlich kann es auch vorkommen, daß eine Genossenschaft sich verfalluliert, genau wie das jedem privaten Unternehmer passieren kann und tatsächlich auch passiert. Es kommt aber noch eine ganze Reihe weiterer Momente in Betracht, die zur Erklärung herangezogen werden müssen, wenn B. P. G. bei Submissionen nicht nur nicht die Mindestfordernden, sondern einmal auch die Höchstfordernden sind. Der Raum verbietet es, hier darauf im einzelnen einzugehen.

Wir sind ausführlicher — nicht erschöpfend — auf diese Dinge eingegangen, weniger um die „Bauzeitung“ zu belehren — das ist bei ihrer Veranlagung ohnehin verlorene Liebesmüh —, als vielmehr zum Zwecke der Klarheit in den eigenen Reihen. Es bleibt dabei, daß unsere B. P. G. nicht nur einen hohen sittlichen Zweck erfüllen, sondern auch der Volksgemeinschaft dienen. Deshalb werden sie ihren Weg gehen, unbekümmert um Angriffe, woher immer sie kommen mögen.

### Unsere Bank

Unter dem Namen „Reinshank für Deutsche Arbeit“ haben die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlichen Gewerkschaften, Staatsarbeiter- und Angestelltenverbände die auf dem Essener Kongress der christlichen Gewerkschaften bereits angekündigte Bankgründung nunmehr vollzogen. Die Bank soll die wirtschaftlichen Kräfte der beteiligten Organisationen und ihrer Mitglieder zusammenfassen, und diese Mittel dem allgemeinen Wirtschaftsleben, insbesondere aber den eigenen gewerblichen Unternehmungen, sowie den naheliegenden Kreisen des Mittelstandes zuführen. Die in unseren Organisationskreisen vielfach zwischen Sparkasse und Kreditbank empfundene Lücke will die Reinshank in friedlichem Mit- und Nebeneinanderarbeiten mit beiden ausfüllen, das Interesse der Organisationsmitglieder an den wirtschaftlichen Vorgängen erhöhen und dadurch vorhandene Gegensätze mildern und versöhnen.

Sitz der Bank ist Berlin, doch ist beabsichtigt, das erste öffentliche Bankgeschäft im westlichen Industriegebiet, und zwar in Essen als einem der Mittelpunkte der christlichen Arbeiterbewegung zu errichten. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, der Erwerb von Grundstücken zum Bankbetrieb, sowie die Beteiligung an anderen Unternehmungen.

Die Betriebsmittel der Bank sind ausschließlich von den beteiligten Verbänden — zunächst in Höhe von 10 Millionen Mark — ausgebracht. Den ersten Aufsichtsrat bilden bekannte Führer der christlich-sozialen Arbeiter- und Angestelltenbewegung: Wirtschaftsminister Stegerwald als Vorsitzender, Winter-Hammarg als stellvertretender Vorsitzender und die Verbandsvorsitzenden Behrens-Bielefeld, M. d. N. (Landarbeiterverband), Imbusch-Essen, M. d. N. (Bergarbeiterverband), Schäfer-Düsseldorf-Reichholz, M. d. N. (Reichsverband der Konsumvereine) und Wieber-Duisburg, M. d. N. (Metallarbeiterverband).

Die Bank ist unter der einseitigen Leitung der den Verbänden nahestehenden Direktoren der Deutschen Volks- und Deutschen Feuerversicherung Regierungsrat Dr. Pfitzke und Josef Becker, beide in Berlin, noch mit den vorbereitenden Arbeiten, namentlich dem Aufbau ihrer Spartenrichtungen beschäftigt. Zu diesem Zwecke sind vorbereitende Kommissionen eingesetzt, deren erste Beratung im Zusammenhang mit der Ausdehnung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften am 21. und 22. März d. J. in Essen stattfindet.

Die organisatorischen Vorarbeiten werden immerhin noch geraume Zeit in Anspruch nehmen und erst nach deren Durchführung wird die Aufnahme des eigentlichen Bankbetriebes erfolgen können. Es wird dann ein seit Jahren gehegter Wunsch sich erfüllen, daß sowohl die Organisationen als solche für die Anlage ihres Vermögens, als auch die Einzelmitglieder für ihre Spargelder jetzt ein Institut benutzen können, welches neben der durch die Aufsicht ihrer Führer verbürgten geschäftlichen Sicherheit auch die Gewähr dafür bietet, daß die in dieser Weise zusammenfließenden Kapitalien den Arbeiter- und Angestellteninteressen dienlich gemacht werden.

Es wird daher die Aufgabe nicht nur der leitenden Personen in den christlichen Gewerkschaften, sondern auch die Pflicht jedes einzelnen Mitgliedes sein, in jeder Weise für das Gelingen und Gedeihen der Bank zu wirken und namentlich alle verfügbaren Selbstbestände, insbesondere die Spargelder der Bank zu nützlicher Verwendung zuzuführen. Eine gute Verzinsung ist für jeden einzelnen in Aussicht genommen; die Gewinne der Bank selbst fließen, da die Organisationen ihre Gründer sind, ausschließlich diesen zu und kommen damit wieder der Gesamtheit der Mitglieder zugute. Es darf unter diesen Umständen mit Sicherheit damit gerechnet werden, daß, sobald die Bank den Betrieb des Geschäftsbetriebes beinahe gibt, auch ein starker Zugang an Spargeldern aus den Kreisen der Mitglieder der christlichen Gewerkschaften folgt eingehen wird.

## Politik und gewerkschaftliche Organisation

In weiten Kreisen der Berufskollegen, die ihrer Schanzhaltung nach wohl zu rasch halten, sich jedoch noch im Polierbund oder sonstigen „freien“ Gewerkschaften befinden oder überhaupt unorganisiert sind, kann man noch den sonderbarsten Auffassungen über die gewerkschaftlichen Organisationen, besonders auch über unseren Verband, begegnen. Es ist deshalb nötig, einmal grundsätzlich auf die Unterschiede zwischen den „freien“ und christlichen Verbänden einzugehen.

Als den Verhältnissen der neunziger Jahre herab wurde die christliche Gewerkschaftsbewegung geboren und hat sich durchwegs trotz aller Hindernisse, trotz aller Angriffe und des Terrorismus von Unternehmern, aber auch nicht zu knapp seitens der freien Verbände. Die meisten Vorurteile und Angriffe die damals aufgebracht wurden, sind häufig weiter gerichtet worden, und so mancher verzerrte Sündenbock davon ist noch heute bei den Kollegen des Polierbundes zu finden. So wird mit den Worten „frei“ in der „Polierzeitung“ oft eine herabwürdige Rede gemacht, daß jeder Unbeugsame glauben muß, alles, was nicht in den freien Gewerkschaften organisiert ist, sei unfrei und gehorcht im allerhöchsten Maße. Die liegen die Dinge aber in Wirklichkeit? Gewiß mag manch einem Gründer der freien Gewerkschaften damals der Gedanke vorgekommen haben, eine wirklich freiheitliche Arbeiterbewegung zu schaffen, frei vor allem von der Bindung an eine enge Parteiführung. Das war aber nicht mehr als ein Gedanke, eine gute Absicht, die nie zur Wirklichkeit geworden ist. Es hat gar nicht lange gedauert, und da waren die freien Gewerkschaften mit Haut und Haaren der Sozialdemokratie verschrieben. Böhmelsburgs Wort: „Gewerkschaften und Partei (nämlich sozialdemokratische) sind eins“ sagt in dieser Hinsicht genug. Offiziell ist diese enge Verbindung auch immer mit aller Deutlichkeit betont worden, in der Agitation dagegen hat man das naive Gemütern gegenüber immer wieder — und sehr oft mit Erfolg — abgeleugnet. Nun hat ja der Nürnberger Gewerkschaftskongress im Jahre 1919 tatsächlich die Neutralität beschlossen, aber fragt gar nicht, was für eine! Ich will nur den Schlußatz der Resolution zitieren, der genügt:

„Die Gewerkschaften dürfen sich jedoch nicht auf die enge, berufliche Interessenvertretung ihrer Mitglieder beschränken, sie müssen vielmehr zum Brennpunkt der Massenbestrebungen des Proletariates werden, um den Kampf für den Sozialismus zum Siege führen zu helfen.“

Die Erklärung dieser Neutralität wurde einfach notwendig, nachdem sich drei sozialistische Parteien gebildet hatten, um den Bruch im eigenen Lager möglichst zu unterbinden. Diese Neutralität gilt also in Wirklichkeit nur für die drei sozialistischen Parteien. Darüber muß also in den Reihen der auf christlichem Boden stehenden Berufskollegen ein für allemal absolute Klarheit herrschen. Die freien Gewerkschaften sind Anhänger der sozialistischen Parteien, wer Mitglied der freien Gewerkschaften ist, unterstützt dadurch indirekt die Sozialdemokratie!

Wie sieht es nun mit den christlichen Gewerkschaften? Der Name besagt schon, daß ihre Ideenrichtung die christliche ist, und so haben sich in ihnen auch meist Leute aus dem christlichen Lager zusammengeschlossen. Der Name „christlich“ wirkt nun auf manche Leute wie ein rotes Tuch, und sie sind sofort mit der Behauptung da, das Christentum mache den Arbeiter unfrei in der Verfolgung seiner wirtschaftlichen Interessen. Wo bleibt aber der Beweis dafür? Ich kenne keine Lehre und kein kirchliches Gebot in irgend einer christlichen Religionsgemeinschaft, die den Arbeiter hindert, seine wirtschaftlichen Interessen mit allem Nachdruck zu verfolgen — soweit er natürlich die Gesetze der Moral und Gerechtigkeit nicht verletzt.

Wenn es auch Arbeitgeber gibt, die sich christlich nennen, ihre Arbeiter aber ausnützen und um den verdienten Lohn betrügen, so sind das eben keine Christen, die nach ihren religiösen Vorschriften leben, sondern ausgesprochene Materialisten, mit denen wir vom Deutschen Gewerkschaftsbund jede Gemeinschaft ablehnen.

Nun wird uns immer wieder vorgeworfen, die religiöse Erziehung hindere die Freiheit. Wie steht es damit? Der Mensch strebt von Geburt an nach einer unbegrenzten, ja zügellosen Freiheit, und mancher Vater und manche Mutter werden es schon bei ihrem kleinen Sproßling erfahren haben, daß nur durch eine gründliche Erziehung diesem zügellosen Freiheitstrieb vorgebaut werden kann, und nur so eine echte und wirkliche Freiheit erzielt wird. Eltern, Schule und Kirche müssen zusammenarbeiten, um die Freiheit des einzelnen in die richtigen Bahnen zu lenken, ihn so wirklich freizumachen, während er sonst zum Sklaven seiner Leidenschaften sich selbst erniedrigt und dadurch für die Allgemeinheit geradezu zu einer Gefahr wird. Denn einmal ein wenig nach über das schöne und inhaltsreiche Wort aus Hebers „Dreizehntender“:

Freiheit ist der Zweck des Zwanges, Die man eine Rebe bindet, Daß sie, statt im Staub zu kriechen, Frei sich in die Lüfte windet.“

Nur eine Freiheit in diesem Sinne aufgefaßt ist in der Lage, das schwierige Verhältnis des einzelnen zur Volksgemeinschaft so zu regeln, daß das Allgemeinwohl dabei keinen Schaden leidet. Und das ist die Freiheit, wie wir sie vertreten.

Dist wird auch den christlichen Gewerkschaften vorgeworfen, sie leisteten nichts für die Interessen der Arbeiterklasse, sie setzen sich nicht mit gebührender Schärfe für die Rechte der breiten Massen ein. Gewiß, wenn man die gebührende Schärfe darin sieht, daß man die ganze Volkswirtschaft durch wilde Streiks, Putzche usw. bis an den Rand des Abgrundes bringt, das machen wir natürlich nicht mit. Ein solches Vorgehen wird von den besonnenen Führern der freien Gewerkschaften übrigens ebenso verurteilt wie von uns. Daß wir aber auf dem richtigen Wege sind, die Interessen unserer Arbeitskollegen zu vertreten, das besagen so manche Aussprüche der Unternehmer, die uns für gefährlicher halten als die Freien, gerade weil wir nicht so ziel- und planlos vorgehen wie diese.

Auch politische Unfreiheit wird uns von diesen Geisern, die doch nichts als Schleppentäger der Sozialdemokratie sind, oft vorgeworfen. Es mag wohl sein, daß manchemorts ein großer Teil der Mitglieder sich in einer bestimmten Partei zusammenschließt. Aber in unserem Statut ist völlige politische Neutralität vorgeschrieben, die aber auch in der Praxis durchgeführt wird.

Finden sich doch Mitglieder des Deutschen Gewerkschaftsbundes in den Parlamenten auf jenen aller bürgerlichen Parteien!

Im „Polierbund“ und in den anderen freigeberischen Verbänden sind nun noch Kollegen in Massen, die über die wichtigen Unterschiede in der Geistesrichtung der verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen noch nicht genügend aufgeklärt sind. An alle diese gilt es jetzt heranzukommen. Jeder Kollege hat die Pflicht, hier sofort mit der größten Energie ans Werk zu gehen! Wer innerlich in den Deutschen Polierbund nicht hineingehört, wer auf dem Boden des Christentums und nicht auf dem des Sozialismus steht, dessen Platz ist einzig und allein in der Reichsvereinigung der Poliere, Wert- und Schachtmeister! J. M.

## Allgemeines

Für eine energische Wiederbelebung des Baumarktes tritt die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe mit folgender Empfehlung ein:

Die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe hat mit Befriedigung Kenntnis von der Erklärung des Herrn Reichswirtschaftsministers im Reichswirtschaftsrat am 16. März 1921 genommen, in der zum Ausdruck gebracht wird, daß der durch die von der Entente eingeführten Handelsbeschränkungen in den besetzten Gebieten drohenden Minderbeschäftigung der Industrie am besten durch eine energische Wiederbelebung des Baumarktes entgegengewirkt werde.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft ist wohl mit dem gesamten Volke der Ansicht, daß gegenwärtig die Schaffung neuer und die Erhaltung des bestehenden Wohnraumes die dringendste Aufgabe des Baugewerbes ist.

Da infolge der schlechten Finanzlage des Reiches, der Länder und Gemeinden und infolge der außerordentlich hohen Baukosten, insbesondere der sehr hohen Baustoffpreise die öffentliche und private Neubautätigkeit in größerem Umfange zunächst stark eingeschränkt sein wird, muß auf die Durchführung der Instandsetzungsarbeiten um so größerer Wert gelegt werden.

Bei dem weit vorgeschrittenen Verfall der Wohnhäuser würden die Instandsetzungsarbeiten vielen Tausenden der jetzt erwerbslosen Arbeiter nicht nur des Baugewerbes, sondern auch aller Baunebengewerbe und der Baustoffindustrie lohnende Arbeitsmöglichkeiten verschaffen. Zugleich würde der immer mehr drückenden Wohnungsnot dadurch entgegengewirkt, daß der bestehende Wohnraum zum Teil nicht noch für Wohnzwecke vollständig unbrauchbar wird.

Instandsetzungsarbeiten an Wohnhäusern können aber nur vorgenommen werden, wenn unter Berücksichtigung eines angemessenen Mieterzuschusses Mittel zur Deckung aller Unkosten der Hausverwaltung und Instandsetzung freigemacht und bereitgestellt werden.

Die Reichsarbeitsgemeinschaft erwartet von den gesetzgebenden Körperschaften und von den Regierungen des Reiches und der Länder, daß sie schnelligste Maßnahmen treffen, die geeignet sind, die Bautätigkeit, insbesondere die Schaffung neuer und die Erhaltung alter Wohnungen zu fördern.

## Entschließen des Vutches in Mitteldeutschland.

Dem energischen Zugreifen der Sicherheitspolizei ist es überraschend schnell gelungen, der zeitweise recht bedrohlichen Lage in Mitteldeutschland Herr zu werden und wieder Ruhe und Ordnung zu schaffen. Leicht ist das Unternehmen nicht gewesen, was schon daraus hervorgeht, daß mehr als 2000 Auftrichter als Gefangene eingbracht worden sind. Gegen das Verbot, eine Hochburg der Kommunisten, mußte Artillerie in Tätigkeit gesetzt werden. Die Zahl der Todesopfer steht zwar noch nicht fest, doch nach allem, was bisher berichtet wurde, wird sie recht erheblich sein. Der Putz war übrigens nicht auf Mitteldeutschland beschränkt, auch in verschiedenen anderen Gebieten, so namentlich in Westdeutschland, kam es zu ernstlichen Unruhen, bei denen reichlich Blut floß. Wer trägt dabei seine Haut zu Marke? Die Arbeiter und immer wieder die Arbeiterklasse — und das ist die erdrückende Mehrheit — sich nicht endlich zu entschlossener Abwehr aufrafft und die Handvoll kommunistischer Verbrecher einfach an die Wand drückt, wird es auch nicht besser werden. Zusammen mit diesem schon eine Befreiung zu verzeichnen, insofern als auch die Unabhängigen sich der Einheitsfront gegen die Kommunisten anschließen. Hoffen wir, daß die Bewegung weiter fortschreitet und der Putzschiller bald völlig ausstrahlt. Er jähndigt das Ansehen der ganzen deutschen Arbeiterbewegung.

Freizügigkeit und Arbeitsmarkt. Sie aus Verhandlungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bekannt geworden ist, beabsichtigt der Reichsarbeitsminister die Verordnung über die Freimachung von Arbeitsstellen in naher Zeit wesentlich einzuschränken. Zunächst war geplant, die Vorschriften dieser Verordnung, durch die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer beeinträchtigt wird, völlig aufzuheben. Im Reichswirtschaftsrat sowohl wie von der Regierung der deutschen Städte ist aber darauf hingewiesen worden, daß die Großstädte mit besonders großer Arbeitslosigkeit, wie Berlin, Hamburg usw., bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes bis auf weiteres noch vor dem Zugang ortsfremder Arbeitskräfte geschützt werden müßten. Es wird deshalb nunmehr daran gedacht, die Beschränkung der Freizügigkeit in den Großstädten mit besonders ungünstigem Arbeitsmarkt noch fortbestehen zu lassen, zugleich aber auch die übrigen

Bestimmungen der Verordnung nur auf diese Zentren der Arbeitstätigkeit zu beschränken und für das übrige Reich die ganze Verordnung aufzuheben. Die Regierungen der Länder, die Vertretungen der Städte und die Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sowie der vorläufige Reichswirtschaftsrat sind gebeten worden, zu diesem neuen Vorschlag Stellung zu nehmen. Sobald ihre Erklärung vorliegt, wird die endgültige Entscheidung getroffen werden.

**Wie geht es weiter.** In den Tagen vor Ostern, als die Kommunisten alles aufboten, um ganz Deutschland in ein großes Blutbad zu verwandeln, dichtete in der „Noten-Zahme“ Herr Oskar Ranachl eine „Aufforderung zum Streit“, in der diese Töne erklingen:

„Laßt die Hämmer ruhn,  
Laßt die Räder stillestehn.  
Laßt die Feuer niederbrennen.  
Läßt das Licht.  
Stört die Bequemlichkeit der Müßiggänger.  
Sperrt ihrer Speisekammern Zufuhr.  
Verfaulen soll die Ernte, die euch nicht ernährt.  
Fluch jedem Hammerschlag für Bürgerbrut.  
Fluch jedem Schritt in ihre Sklaverei.  
Fluch ihrem Dank. Fluch ihrem Judaslohn.  
Guer ist die Erde.  
Heraus aus den Betrieben!  
Auf die Straße!

Dazu bemerkt die „Berliner Volkszeitung“: Die Frage ist nur, wer mehr zu bedauern ist: Dieses Ranachl von Dichtern oder die Arbeiter, die das Blech als „revolutionäre Lyrik“ hinnehmen. Richtig!

**Eine geborstene Revolutionsfaule.** Wir erinnern uns noch gut der gewichtigen Rolle, die in der ersten Revolutionszeit ein Kommunistenführer Hans Bruno Herzfurth spielte. Auf allen „revolutionären“ Tagungen trat er als Wortführer der Kommunisten auf, später war er einer der meistgenannten Erwerbslosenführer. Jetzt ist er als gemeiner Spitzel entlarvt worden. Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“ berichtet:

„Der ehemalige Genosse Herzfurth (Schöneberg) ist als Spitzel entlarvt worden. Herzfurth ging von der K. K. P. D. zum Bund der Kommunisten, hat regelmäßig im Reichswehrministerium verkehrt und Berichte über die kommunistische Bewegung geliefert.“

Die „Freiheit“ weiß zur Charakteristik dieses „Proletarierführers“ noch folgende Einzelheiten mitzuteilen:

„Herfurth war 1919 gleichzeitig Mitglied der U. S. P. und der K. P. D., hat als Kommunist gegen die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, als Unabhängiger dafür gesprochen, ist vor dem Kriege zwar nicht als Sozialdemokrat, aber als Reichswehrschlichter und Schuldenmacher hervorgetreten usw.“

„Ja, der alte Hebel hatte recht mit seiner Mahnung: „Seht euch eure Führer an!“

**Vom Lohnabzug zur Lohnsteuer**

Nun hat auch der Reichstag der Wandlung und Vereinfachung des Einkommensteuergesetzes zugestimmt. Er ist im wesentlichen den Beschlüssen seines Steueraussschusses gefolgt. Der wesentlichste Unterschied der neuen Regelung gegenüber der bisherigen besteht darin, daß an die Stelle des bisherigen Lohnabzugs, der nur eine Abschlagszahlung auf die zu entrichtende Steuer darstellte, die Lohnsteuer tritt, die den Steuerbetrag bei der Lohnzahlung vollständig erfasst. Zugleich ist eine erhebliche Herabsetzung der Steuerätze eingetreten. Die Steuer beträgt künftig bis zu einem Einkommen von 24.000 M. einheitlich 10 Prozent. Nachfolgend geben wir die neuen Steuerätze nochmals wieder:

für die ersten	34.000 M.	steuerl. Entf.	10%
weitere angefangene oder volle	6.000		20%
	5.000		25%
	5.000		30%
	5.000		35%
	5.000		40%

Dann folgen noch Stufen von 45, 50, 55 und als Höchstmaß 60 Prozent des Einkommenbetrages.

Die Steuersumme ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen und jede zu seiner Haushaltung zählende Person, die nicht selbständig zu veranlagt ist, um 120 M. Für jeden Steuerpflichtigen und seine zur Haushaltung zählende Ehefrau hat der Abzug bei Tageslohn für 1 M. täglich, bei Wochenlohn für 21 M. wöchentlich und bei Monatslohn für 100 M. monatlich zu unterbleiben. Der abzugsfreie Betrag erhöht sich für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind um 6 M. täglich bzw. 36 M. wöchentlich oder 150 M. monatlich.

Hervorzuheben ist, daß der Abzug von 120 M. an der Steuerleistung eine wesentliche Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums für alle Steuerpflichtigen mit Familie bedeutet. Während bisher z. B. bei einer sechsköpfigen Familie der steuerfreie Einkommensteil 1000 M. (bei Steuerpflichtigen unter 10.000 Mark Einkommen 1500 M.) betrug, erhöht sich jetzt der Betrag, da 120 M. v. S. einem laudenden Einkommen von 1200 M. entsprechen, auf 7200 M. Diese Sätze gelten rückwärts für das ganze Jahr 1920, was für die gegenwärtig abzugebende Veranlagung aller Familien über 10.000 M. von Bedeutung ist. Bei der Veranlagung für das Rechnungsjahr 1921 und die folgenden Jahre erhöht sich der Abzug für jedes zur Haushaltung des Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind auf 180 M., wenn das steuerbare Einkommen den Betrag von 24.000 M. nicht übersteigt.

**Am 9. April ist der fünfzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1921 fällig.**

Die Wirkung der neuen Regelung wird durch folgende Gegenüberstellung veranschaulicht:

Steuerbares Einkommen	Steuerlast			
	Bei Erhöhen		Bei Vorkonzessionen mit 3 Kindern	
	bisher	künftig	bisher	künftig
10.000 M.	1.170	880	735	400
15.000 "	2.195	1.380	1.755	900
20.000 "	3.440	1.880	2.925	1.400
25.000 "	4.815	2.480	4.250	2.000
50.000 "	13.000	9.950	12.340	9.500
100.000 "	33.625	32.480	32.725	32.000

Ein verheirateter Steuerpflichtiger mit 5 Kindern und einem Einkommen von 10.000 M. würde 40 M. (gegen 400 M. nach der bisherigen Regelung) zu zahlen haben. Die Entlastung der kinderreichen Familien mit kleinem Einkommen ist also recht erheblich.

**Für und gegen den (Sozial-) Familienlohn**

Die Lohnform, nach der den verheirateten Arbeitern, der Kopfszahl der Familie entsprechend, höhere Löhne gezahlt werden sollen als den unverheirateten Arbeitern, ist eine heißumstrittene Frage. In den Kreisen der Sozialpolitiker, nicht nur der bürgerlichen, glaubt man diese Lohnform vertreten zu müssen. Auch in den Gewerkschaften mehren sich die Stimmen für dieselbe. Schreiber dieses hatte noch kürzlich die Gelegenheit, festzustellen, daß auch ein Angestellter des Deutschen Bauarbeiterverbandes dafür schwärmte. Betrachtet man die Frage vom sozialen Standpunkt, oberflächlich, ohne die schädlichen Wirkungen dieser Lohnform zu beachten, so muß man Befürworter sein. Welche Gefahren sind aber mit dieser Lohnform, insbesondere für uns im Baugewerbe, verbunden?

Das Baugewerbe hat eine starktunierende Arbeiterenschaft. Schon vor dem Kriege war es so, daß die Arbeiter in der Regel nie lange bei einem Arbeitgeber Arbeit hatten. Bei Beginn einer größeren Arbeit werden sozial Leute eingestellt wie möglich, geht die Arbeit ihrer Fertigstellung entgegen, ist in den wenigsten Fällen in demselben Geschäft soviel Arbeit vorhanden, daß alle Leute weiter beschäftigt werden können. Ist die Arbeitslosigkeit keine gute, so hat der Arbeitgeber die Möglichkeit, sich Leute auszusuchen, wie sie ihm beistehen. Daraus ändern die Bestimmungen im Tarifvertrag, die Rechte der Bundeslegierungen betreffend, wie auch die Arbeitsnachweise nicht viel. Es gibt immer Hintertüren, die benutzt werden, um unbequeme Leute los zu werden oder nicht einstellen zu brauchen.

Wird der Familienlohn eingeführt, so werden solche Arbeiter, die eine große Familie haben, in den meisten Fällen zu den Arbeitslosen gehören, denn wirkt diese Lohnform nicht sozial, sondern gerade das Gegenteil.

Wirklich sozial denkende Arbeitgeber, die ihre verheirateten Arbeiter weiter beschäftigen, würden aber bei Subventionen wie auch bei Tagelohnarbeiten konkurrenzunfähig, weil sie immer mit größeren Lohnsummen rechnen müßten.

In Hannover besteht für die kaufmännischen Angestellten ein Tarif, der die sog. soziale Lohnform vorsieht. Das Gehalt steigt nach Lebensjahren. Die Folge davon ist, daß bei der großen Stellenlosigkeit in diesen Berufen gerade jene Gehältern stellenlos sind, welche die höchsten Gehaltsstufen erreicht haben. In den Betrieben werden Kräfte gesucht, aber nur jüngere. So konnte man kürzlich noch ein Inserat lesen, daß ein Buchhalter, aber nicht über 25. Jahre, gesucht wurde.

Die Familienzuschläge würden dazu beitragen, den Grundlohn zu drücken. Man würde nie den Grundlohn als eigentlichen Lohnjah hinstellen, sondern die Familienzuschläge mitberechnen. Das ergibt ein falsches Bild, denn der Kleinverdienende würde übersehen, daß eine große Anzahl Arbeiter den Höchst- resp. Durchschnittslohn gar nicht erreicht.

Die Lohnform wirkt aber auch schädlich für die Unverheirateten. Die heutigen kurzen Verhältnisse machen es ja sehr vielen jungen Leuten der minderbemittelten Kreise unmöglich, sich zu verheiraten.

Diese Leute würden dadurch, daß sie weniger Lohn erhielten, weiter gehindert, Anschaffungen für den Ehestand zu machen. Ferner würden sie zur Arbeitslosigkeit verurteilt. Es würden unkollegiale Verhältnisse auf den Arbeitsplätzen entstehen.

So löst sich das Bestreben, den Familienältern das Leben zu erleichtern, auf dem Wege des Familienlohnes geht es nicht.

Der Familienlohn könnte einen Ausbaur erfahren, aber nur dadurch, daß Zuschläge zum Tariflohn nach der Stärke der Familie gewährt würden. Diese Zuschläge müßten nicht von den jeweiligen Arbeitgebern, sondern von der Allgemeinheit getragen werden. Es könnte geschehen in der Weise, daß entsprechend der Lohnsumme bestimmte Beträge an eine besondere Kasse abgeführt würden; diese Kasse hätte dann die Familienzuschläge zu tragen. In einzelnen Industriezweigen, z. B. in der Textilindustrie, hat man ähnliches eingerichtet. A. G. wäre das ein Anfang zur Lösung dieses Problems, der dahin führen müßte, daß einheitlich für das ganze Reich und für alle Lohnempfänger eine solche Einrichtung geschaffen würde.

Die Allgemeinheit ist verpflichtet, die Mehrkosten die Familie tragen zu helfen, nicht die Arbeiterchaft allein oder gar ein einzelnes Gewerbe.

H. Jumbrod, Hannover.

Das Leben ist heute sehr schwer, aber am schwersten für diejenigen, die eine große Kinderschar durchs Leben zu bringen haben. Muß es da nicht eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit sein, auf die Forderung der kinderreichen besondere Rücksicht zu nehmen bei der Bemessung des Lohnes? Ganz gewiß! Denn es ist sozial, den Schwächsten und Bedürftigsten am kräftigsten zu helfen. Und gerade wir christlichen Gewerkschaftler sind moralisch verpflichtet, diese Forderung zu erheben, wenn wir uns nicht mitgeschuldig machen wollen, daß das Ein- bzw. Zweikindersystem in Deutschland noch weiter um sich greift. Auch der Zentrumsaasgeordnete Erising hat in der Reichstagsitzung am 25. Februar die Forderung des Familienlohnes warm befürwortet. Er hat erklärt, daß man versuchen müsse, die Frage, ähnlich wie bei der Unfallversicherung, auf beruigtändischer Grundlage zu regeln. Ich hoffe, daß die christlichen Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre, die als Abgeordnete in den verschiedenen politischen Parteien wirken, darauf drängen, daß alsbald vom Reichsarbeitsministerium eine Vorlage zwecks staatlicher Regelung des Familienlohnes ausgearbeitet und vorgelegt wird. Ich schliesse mit dem Worte des Kollegen Dolke, Essen: Wo ein Wille, ist auch ein Weg!

Heinr. Schlie, Maurerpostler, Dsnabrück.

**Verbandsnachrichten**

**Gesetz i. B.** Am 27. Februar tagte unsere diesjährige Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Bericht über Lohnverhandlungen. 4. Verschiedenes. An die Hauptkasse wurden gesandt 3838,50 M. Der Bestand der Vorkasse beträgt 528,75 M. An Krankenunterstützung wurden 164,90 Mark gezahlt. Die Ausgabe der Vorkasse betrug 1349,80 Mark. Dem Kollegen Schäfers wurde für seine aufopfernde Tätigkeit von der Versammlung der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Kollege Stiens, 2. Vorsitzender Kollege Kottmann, 1. Kassierer Kollege Schäfers, Heinrich, 2. Kassierer Kollege König, Schriftführer Kollege Müller, Kassenrevisoren die Kollegen Josef Schäfer und Wilhelm Schwarze. Hierauf hielt der Leiter Berner einen längeren Vortrag über den Essener Kongress.

**Krefeld-Vorum.** Am Sonntag, den 27. Februar, fand unsere Generalversammlung statt. Die Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Kollege E. Schrörs, 2. Vorsitzender August Drießen; 1. Schriftführer Math. Höfges, 2. Schriftführer Anton Sehgraf; 1. Kassierer Wilh. Schrörs, 2. Kassierer Heinz. Wejels; Revisoren die Kollegen Linard Wäker und Ludwig Kofels.

**Stahl.** Am 4. März fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Schiefer als 1. Vorsitzender, Kollege Franz Vorgeite als 2. Vorsitzender; zum Kassierer Wilhelm Hameinam; zum Schriftführer Joh. Struck; zu Hauskassierern die Kollegen Joh. Struck und Ferd. Rithe. Da sich unsere Zahlstelle dem Kartell in Dörfer angeschlossen hat, wurde der Kollege Franz Vorgeite zum Kartelldelegierten gewählt. Zum Schluß wies der 1. Vorsitzende auf unsere am 1. April neuerscheinende Tageszeitung „Der Deutsche“ hin, mit der Aufforderung, möglichst geschäftlich auf dieses Blatt zu abonnieren.

**Zumigrath.** Unsere Ortsgruppe hielt am 5. März ihre Generalversammlung ab. Der Kassen- und Jahresbericht waren bereits in der vorigen Versammlung gegeben worden. In den Vorstand wurden folgende Kollegen wieder bzw. neu gewählt: Als 1. Vorsitzender Wulf. Löwenthaler, als 2. Herrn. Demede, als 1. Kassierer Michael Bindel, als 2. Koll. Dittopi, als Schriftführer Peter Müller, als Hauskassierer die Kollegen Wilh. Schürten, Joh. Wolfach und Peter Müller, als Revisoren die Kollegen Wolfach und Schürten. Als Kartelldelegierte außer dem 1. Vorsitzenden die Kollegen Adam Schäfer und Joh. Born. Alle Kollegen wurden einstimmig gewählt. Es wurde beschlossen, die Versammlungen jeden ersten Samstag im Monat abwechselnd in Zumigrath und in Nüdrath abzuhalten. Als Lokale wurden bestimmt in Zumigrath Lokal Oberbach, in Nüdrath Zw. Peter Höveler. Die nächste Versammlung findet am Samstag, den 2. April, abends 6 1/2 Uhr, in Nüdrath statt.

**Vorum-Göbel.** Die Ortsgruppen Vorum-Göbel hielten am 6. März in Vorum eine gemeinsame Mitgliederversammlung ab. Als Referent war Kollege Einig-Jatam erschienen. Er führte aus: Unser ganzes Wirtschaftsleben stehe vor einer schweren Krise angesichts der Sonderverhandlungen. Redner unterzog die Forderungen der Entente einer Prüfung und kam zu dem Ergebnis, daß deren Erfüllung der Zusammenbruch und der Ruin unseres Vaterlandes sein würde. Den Entschlüssen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Essen schlossen wir uns vollinhaltlich an. Im zweiten Teile seiner Ausführungen ging Redner auf die augenblickliche Lage im Baugewerbe ein und hob hervor, daß wir allem Anschein nach schwere Schicksalschläge durchzumachen haben. Er forderte die Kollegen auf, trenn zur Organisation zu stehen, dann werde ganz sicher das in sie gesetzte Vertrauen gerechtfertigt werden. Die Ausführungen fanden lebhaften Beifall. In der Diskussion unterstützten die Kollegen Köhne und Helmig das Gesagte. Abschließend machte der Referent noch verschiedene aufklärende Mitteilungen über die Betriebskräftemasse und forderte die Kollegen auf, restlos zur Wahl zu gehen.

**Freiburg.** Am 6. März fand unsere Generalversammlung statt. Nach einem Vortrage des Doz. Heinrich

**Wort:** „Die christlichen Gewerkschaften im Volksganzen und in der Arbeiterbewegung“ wurde zur Vorstandswahl geschritten. Aus der Wahl gingen einstimmig folgende Kollegen hervor: als 1. Vorsitzender Kolll. Troner, als 2. Vorsitzender Kolll. Weisler, Schriftführer Kolll. Weisling, Kassierer Kolll. Schmitt, Adolf; ferner wurden als Beisitzer gewählt Kolll. Brocke, Stumler und Lautinger. Mit der Zustimmung auf ein weiteres Wähnen unserer Verwaltungsstelle schloß der Vorsitzende um 12 1/2 Uhr die Generalversammlung.

**Vortragsabend:** Als Auftakt zur Frühjahrstagung am 6. März eine Konferenz der Baudelegierten aus der ganzen Verwaltungsstelle Dortmund statt. Schwäbische Ortsgruppen hatten ihre Baudelegierten und Vorstandsmitglieder entsandt, nur Boel und Seppenrade fehlten. Die Gesamtzahl der Baudelegierten betrug 77 und 50 Kollegen waren als Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute erschienen. Kollege Petri referierte über die „Bedeutung der Baudelegierten für unsere Organisation“. In einführender Rede legte er klar, welche Bedeutung die Baudelegierten für unsern Verband haben. Redner gab den Baudelegierten manche Fingerzeige, wie sie auf der Baustelle auftreten müssen, um erfolgreich für unsere Organisation zu arbeiten. Der zweite Vortrag, den Herr Registrarsrat Dr. Geier übernommen hatte, behandelte die „Rechte und Pflichten der Baudelegierten nach dem Reichsarbeitsvertrag und Betriebsrätegesetz“. Der Herr Referent verband es, in 1 1/2 stündigem Vortrage die Rechte und Pflichten der Baudelegierten aus dem Reichsarbeitsvertrag und Betriebsrätegesetz herauszuschälen, so daß die Teilnehmer sich darüber im klaren sein können, welche Befugnisse ihnen als Baudelegierte zustehen. In der Diskussion wurden einige Fragen gestellt, die von dem Referenten klar beantwortet wurden. Den letzten Vortrag hatte Herr Raurat Kunz übernommen, und zwar behandelte derselbe das Thema: „Die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren auf der Baustelle im Sinne des Tarifvertrages und der Unfallversicherungsversicherung“. Dieses Thema wurde so erschöpfend vom Referenten behandelt, daß eine Diskussion zu dem Vortrage sich erübrigte. Der Kollege Freis aus Lütgendorfmund gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß den Baudelegierten und Vorstandsmitgliedern heute durch die Konferenz praktische Vorschläge und sachliche Aufklärungen über ihr Wirken aus breiterm Munde gegeben worden sei. Die Vorträge enthielten eine beachtliche Fülle von Material und Aufklärung, daß er dem Vorstand die Anregung geben möchte, solche Konferenzen des öfteren abzuhalten, besonders wenn solche Referenten, wie zur heutigen Tagung, gewonnen werden können. Der Kollege Fein verband, diese Anregung im Vorstand zu beraten. Er dankte den Referenten für ihre vorzüglichen Ausführungen und gab der Hoffnung Ausdruck, daß er die Sache noch des öfteren für solche Vorträge in Anspruch nehmen dürfte, denn dadurch würde das Zusammenarbeiten aller Hand- und Kopfarbeiter gefördert, was zum Niederkommen Deutschlands unbedingt notwendig ist. Den Dank für die Baudelegierten und Vorstandsmitglieder sowie Vertrauensleute gab er mit auf den Weg, das Geschick nun in die Tat umzusetzen, denn würde der Verband und auch die Mitgliedschaft von der heutigen Tagung, Vorteil haben.

**Geschäftliches:** Am 6. März legte unsere Verwaltungsstelle mit folgender Tagesordnung: 1. Bericht vom 1. Quartal. 2. Jahresbilanz und Bilanzvergleich 3. Rechnungsabgrenzung 4. Bilanzfrage. 5. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal für die Hauptkategorie 1507,40 M., für die Nebenkategorie 12367,95 M.; die Hauptkategorie für die Hauptkategorie 1525,35 M., für die Nebenkategorie 10519,13 M. Neut ein Bestand der Nebenkategorie 10519,13 M. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 6. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 7. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 8. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 9. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 10. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 11. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 12. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 13. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 14. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 15. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 16. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 17. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 18. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 19. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 20. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 21. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 22. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 23. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 24. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 25. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 26. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 27. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 28. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 29. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 30. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 31. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 32. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 33. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 34. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 35. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 36. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 37. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 38. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 39. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 40. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 41. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 42. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 43. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 44. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 45. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 46. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 47. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 48. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 49. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 50. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 51. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 52. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 53. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 54. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 55. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 56. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 57. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 58. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 59. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 60. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 61. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 62. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 63. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 64. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 65. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 66. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 67. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 68. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 69. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 70. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 71. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 72. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 73. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 74. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 75. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 76. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 77. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 78. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 79. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 80. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 81. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 82. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 83. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 84. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 85. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 86. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 87. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 88. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 89. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 90. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 91. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 92. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 93. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 94. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 95. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 96. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich. 97. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 3. Quartal und Bilanzvergleich. 98. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 2. Quartal und Bilanzvergleich. 99. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 1. Quartal und Bilanzvergleich. 100. Bericht über die Verwaltungstätigkeit im 4. Quartal und Bilanzvergleich.

wir bereits den Bund hier am Orte an Mitgliederzahl überholt. Es ist aber noch eine Reihe Kollegen im Bund, die auf unserem Standpunkt stehen und die zu gewinnen Aufgabe eines jeden einzelnen sein muß. Wir grüßten ferner im vergangenen Jahre eine Bauproduktionsgenossenschaft, die sich bis heute sehr gut entwickelt hat. Die Kollegen haben sich im allgemeinen gut eingearbeitet, und die Genossenschaft wird, wenn sie im rechten Geiste geleitet wird, unserer gesamten Sache und der Allgemeinheit zum Nutzen gereichen. Notwendig ist, daß unsere Kollegen die Genossenschaft finanziell besser unterstützen. Weiter konnte der Kollege Deul berichten, daß nun auch in der Stadt Gelsenkirchen ein Baukontrollleur von unserem Verbands ange stellt wurde. Sehr ausgiebig haben wir uns im letzten Jahre mit der Frage des Industriebandes befaßt. Der Antrag des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter ist zwar auf unserem 10. Kongress beim Ausschuss überwiegen worden und harret dort seiner Erledigung, aber Ruhe ist nicht eingetreten, im Gegenteil, die Agitation von Seiten des Gewerbevereins ist für den Industrieband festlicher als je zuvor. Auf einigen Begeh hat man schon die Parole ausgegeben, daß ab 1. April nur der Industrieband maßgebend wäre, und unsere Kollegen sich dort organisieren müßten. Hier ist natürlich der Wunsch der Vater des Gedankens. Man scheint sich aber in den Gewerbevereinstreifen wenig um die Beschlüsse des Essener Kongresses zu kümmern, wie folgende Auslassung des Gelsenkirchener Bezirksleiters des christlichen Gewerbevereins in der „Gelsenkirchener Zeitung“ vom 20. Dezember 1920 beweist: „Denn unseres Erachtens entscheiden nicht Kongresse, sondern der Wille aller Bergarbeiter.“ Es kommt also hier deutlich zum Ausdruck, daß man sich an die Essener Beschlüsse nicht gebunden erachtet. Dieser wilde Agitation der Gewerbevereinsfunktionäre für den Industrieband müssen wir mit aller Kraft entgegen treten. Wir christlichen Bauarbeiter haben zu unserer Berufsorganisation, der wir lange Jahre angehört und die unsere Interessen auf das Beste vertreten hat, nach wie vor volles Vertrauen. Diese ganze Agitation für den Industrieband muß eigenartig berühren. Heute noch gibt es im Ruhrbezirk Tausende von Un- und Halbschwarzorganisierten auf den Begeh, die zu gewinnen eine würdige Aufgabe für die Gewerbevereinsagitatoren sein würde. Aber man holt lieber die in anderen christlichen Berufsverbänden organisierten Kollegen heraus und schäbigt dadurch die Gesamtbewegung. Wir werden in unserer Verwaltungsstelle diesen Zweibeinern mit aller Schärfe entgegen treten. Direkt schäbig ist es, wenn man unseren Kollegen sagt, daß sie im Gewerbeverein nur 2 M. Beitrag zu zahlen brauchen. Unsere Bauarbeiter haben von jeher mit die höchsten Beiträge gezahlt, und sie wissen auch, daß eine Organisation nur dann etwas leisten kann, wenn sie finanziell kräftig dasteht. Alle Versuche, unsere Kollegen für den Gewerbeverein zu gewinnen, werden scheitern, und wir werden mit erneuerter Kraft in die Agitation einreten, um auch den letzten auf der Erde beschworenen Bauarbeiter unserem christlichen Bauarbeiterverbande zuzuführen. Große Aufgaben, so hat uns der Kollege Deul zum Schluß, sehen uns in diesem Jahre bevor. Besonders müssen wir das Baudelegiertenwesen fördern und pflegen. Wir müssen unsere Baudelegierten von Zeit zu Zeit zusammenholen und sie über ihre Rechte und Pflichten aufklären. Auf jeder Baustelle muß ein Kollege von uns gewählt werden, der die Rechte der Arbeiter dem Unternehmer gegenüber wahrzunehmen hat. Die Sanftmut und Interesselosigkeit der Kollegen muß von endlich einmal aufhören, wenn wir als christliche Bauarbeiter auch in Gelsenkirchen wieder eine aufblühende Stellung einnehmen wollen. Lassen wir alle persönlichen Dinge in den Hintergrund treten und stellen wir die Sache, die große christliche Gewerkschaftsfrage, über alles. In den Bericht des Kollegen Deul schloß sich eine lebhafte Diskussion. Aus der Vorstandswahl gingen hervor: 1. Vorsitzender Kolll. Weg Gensler, 2. Vorsitzender Emanuel Gommert, Ratskassen: 1. Schriftführer Richard Jandt, Kassierer: Kolll. Jandt, die Kollegen Gummertmann-Gelsenkirchen und Jandt-Ges.

**Mannheim:** Am 6. März fand die Generalversammlung für den Bezirk Unterbaden statt. Kolll. Jandt erhaltete den Geschäftsbericht, Kolll. Weber den Kassierenbericht. Einmütig wurde beschlossen, daß ab Monat März ein Monatsbeitrag von einer Mark je Monat von den Mitgliedern zu zahlen ist. 3: den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Josef Jandt, 2. Heinrich Kiefer, 1. Kassierer Valentin Weber, 2. Georg Siedler, 1. Schriftführer Valentin Jandt, 2. Johann Gumbert. Als Beisitzer wurden gewählt die Kollegen Paul Jandt, Johann Gumbert, Johann Gumbert, Peter Jandt, Heinrich Kiefer. Die Wahl wurde von allen Kollegen angenommen.

**Schneidemühl:** Am Sonntag, den 6. März, fand unsere Generalversammlung statt. Der Vorsitzende gab einen kurzen Rückblick über das vergangene Berichtsjahr. Aus der Vorstandswahl gingen folgende Kollegen hervor: Paul Weber, 1. Vorsitzender, Aug. Freyer, 2. Vorsitzender, Anton Grotz, 1. Kassierer, Emil Rodow, 1. Schriftführer, Joh. Freyer, 2. Schriftführer; Fritz Dieck, Anton Kusch, Kassierer; Rufinus End, Ernst Wilsch, Robert Weg, Kassierer.

**Geschehen:** Am Mittwoch, den 16. März, fand die Generalversammlung der Ortsgruppe im Verbandslokal statt. Nach Erhaltung des Jahresberichts ging Kollege Gummert auf die letzten hier stattgefundenen Verhandlungen ein, die mit dem rechten Geist des Arbeitgebenden geführt hätten. Unsere Berechnungen wurden freundschaftlich der Arbeitgeber mit Lob und Tadel besprochen und die Einflüsse des Soziallohnens hervorgehoben. Wenn jedoch die Arbeitgeber den sozialen Einfluss hätten vernachlässigen wollen, hätten sie unsere Berechnungen annehmen müssen; man will jedoch das mit dem Soziallohn verbundenen die Dringlichkeit der Sache nicht erkennen, die Arbeiter

lohn und die damit verbundenen nachteiligen Wirkungen benutzen, um Uneinigkeit in die Kreise der Arbeitnehmer zu tragen und die Stabilität der Organisationen zu schwächen. Es muß daher unsere Aufgabe sein, mit offenen Augen die Vorgänge zu verfolgen, für Geschlossenheit und weitere Festhaltung der Organisationen einzutreten, damit wir die kommenden Dinge meistern können. Die Arbeitgeber im Dachbergwerk haben bei den Verhandlungen über den Reichsarbeitsvertrag denselben Geist bekundet und den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmer auf Verbesserung des Vertrages und Bewährung von Ferien den vollständig ablehnenden Standpunkt entgegengesetzt. Diese Vorgänge geben zu denken und müssen den letzten Obdacht zu intensiver Mitarbeit anleiten. In der Vorstandswahl wurde Kollege W. Sagebiel 1. Vorsitzender und Kollege Damm 1. Schriftführer. Die Kassierengewalt werden von dem Kassierer der Verwaltungsstelle weitergeführt. Als Parteilegitimierter wurde Kollege J. Seine gewählt. In den Ortsausläufen gingen die Kollegen Sagebiel und Edermann, in den Bezirksausläufen die Kollegen Rhode und Damm. Die Ausschüsse zeigten den geschlossenen einseitigen Willen zur Tat.

**Stimmerer:** Die Ortsgruppe der Stimmerer hielt am 16. März ihre Generalversammlung ab. Den Jahresbericht erstattete der Kassierer der Verwaltungsstelle, zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege H. Weber einstimmig wiedergewählt, ebenso Kollege B. Lerche zum 1. Schriftführer, als Parteilegitimierter Kollege Breitenstein. Mit einem warmen Appell des Vorsitzenden, im kommenden Geschäftsjahr mit voller Kraft an der Erhaltung des Verbandes mitzuwirken, wurde die Versammlung geschlossen.

**Der neue Posttarif**

**Ausschneiden und aufbewahren!**  
Die wesentlichsten neuen Gebühren, die am 1. April im Post-, Schach- und Telegraphenverkehr innerhalb Deutschlands in Kraft treten, sind folgende:  
für Postkarten im Ortsverkehr 30 Pf., im Fernverkehr 40 Pf.;  
für Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 40 Pf., über 20-250 Gr. 60 Pf., im Fernverkehr bis 20 Gr. 60 Pf., über 20-100 Gr. 80 Pf., über 100-250 Gr. 1,20 M.;  
für Drucksachenarten 10 Pf. (neu eingeführt: als solche werden zugelassen Karten ohne die Angabe „Postkarte“ bis zur Größe der amtlichen Postkarte, die nur gedruckten oder auf mechanischem Wege vervielfältigten Text oder solche Abbildungen enthalten);  
für Drucksachen bis 50 Gr. 15 Pf., über 50-100 Gr. 30 Pf., über 100-250 Gr. 60 Pf., über 250-500 Gr. 80 Pf., über 500 Gr. bis 1 kg. 1 M.;  
für Anschlagkarten, auf deren Vorderseite Größe oder ähnliche Maßangaben mit höchstens fünf Worten niedergezeichnet sind, 15 Pf. (Anschlagkarten, die weitergehende schriftliche Mitteilungen enthalten oder bei denen sich Mitteilungen auf der Rückseite befinden, unterliegen der Postkartengebühr.);  
für Geschäftspapiere bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf., über 500 Gramm bis 1 Kilogramm 1 M.;  
für Warenproben bis 250 Gramm 60 Pf., über 250 bis 500 Gramm 80 Pf.;  
für Röhren bis 1 Kilogramm 1,50 M.;  
für Pakete bis 5 Kilogramm in der Kategorie 3 M., in der Kategorie 4 M., über 5 bis 10 Kilogramm 6 M. bzw. 8 M., über 10 bis 15 Kilogramm 12 M. bzw. 16 M., über 15 bis 30 Kilogramm 18 M. bzw. 24 M. (Pakete von Verlegern, die nur Zeitungen oder Zeitschriften enthalten — sogen. Zeitungspakete — bis 5 Kilogramm in der Kategorie 1,50 M.);  
Die Versicherungsgeldgebühr für Wertsendungen bleibt unverändert.  
für Postanweisungen bis 50 M. 50 Pf., über 50 bis 250 M. 1 M., über 250 bis 500 M. 1,50 M., über 500 bis 1000 M. 2 M., über 1000 bis 1500 M. 3 M., über 1500 bis 2000 M. 4 M. (Reichsbeitrag auf 2000 M. erhöht).  
Die Einschreibgebühr wird auf 1 M. festgesetzt.  
für die Silberklausur sind bei Vorauszahlung zu entrichten: nach dem Ortsbestimmten für eine Briefsendung 1,50 M., für ein Paket 2,50 M., nach dem Landesbestimmten 3 M. bzw. 5 M.  
Neu eingeführt wird eine Gebühr von 50 Pf. für das Verlangen der wiederholten Veranweisung von Postaufträgen und Nachnahmeleistungen.  
für Pakete bis 50 M. 25 Pf., über 50 bis 500 M. 50 Pf., über 50 bis 1000 M. 1 M., über 1000 bis 2000 M. 1,50 M., über 2000 M. 2 M.  
für Anzahlungen laut Schach eine feste Gebühr von 30 Pf. und eine Ertragsgebühr von ein Zehntel vom Laufend des im Schach angegebenen Betrages. Für Postsendungen, die barlos beglichen werden, wird die feste Gebühr von 30 Pf. nicht erhoben.  
für gewöhnliche Telegramme für jedes Wort 30 Pf., mindestens 3 M.

**Sterbetafel.**  
Am 20. März starb unser treuer Kollege Rudolf Wende im Alter von 43 Jahren.  
Verwaltungsstelle Haren (Eme).  
Am 28. März starb unser treuer Kollege Matthias Dehnen infolge Lungenerkrankung im Alter von 30 Jahren.  
Verwaltungsstelle Bergheim a. d. Sieg.  
Ehrengramm Rudenken!

**Sterbetafel.**  
Am 20. März starb unser treuer Kollege Rudolf Wende im Alter von 43 Jahren.  
Verwaltungsstelle Haren (Eme).  
Am 28. März starb unser treuer Kollege Matthias Dehnen infolge Lungenerkrankung im Alter von 30 Jahren.  
Verwaltungsstelle Bergheim a. d. Sieg.  
Ehrengramm Rudenken!